Abend-Ausgabe

73. Jahrgang. Nr. 125 — Donnerstag, 14. März 1929

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. März 1929 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat März 2.40 Mk. einschl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Beginn der Etatschlacht im Reichstag

Hilflose Rede Hilferdings

Nur Steuererhöhung stopft das Defizit

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 14. März. Die Hände in den Hosentaschen vergraben, so steht Herr Hilferding auf der Rednertribüne und eröffnet die große „Etatschlacht". Ob allerdings dieses aus früheren Zeitläuften des Parlamentarismus stammende Wort noch am Platze ist, ist eine Frage für sich. Jetzt ist von der Etatschlacht jedenfalls nur noch eine Etatfeilscherei übriggeblieben. Der Reichsfinanzminister legt einen Etat vor und die Parteien biegen ihn so zurecht, daß man, wenn möglich, um die Klippe des Defizits herumkommt und dabei noch den Anhängern im Lande zeigen kann, daß man über aller Verpflichtung zu staatsnotwendigem Handeln auch das große Gebot der Agitation nicht vergessen hat. Daß dem so ist, bezeugt

ein einziges Beispiel:

Warum will auch das Zentrum durchaus am Wehretat herumstreichen? Doch nur deshalb, weil man befürchtet, daß die wehrmachtfeindliche Agitation der Sozialdemokratie die christlichen Arbeiter kopfscheu machen könnte.

Die Hände in den Hosentaschen und den Leib vorgestreckt, so steht also Herr Hilferding da und trägt Dinge vor, die wahrhaftig nicht mehr erfreulich sind. Der Präsident Löbe hat darauf verzichtet, die Lautsprecheranlage einzustellen, nicht weil man so wenig angenehme Sachen, wie sie Herr Hilferding vortragen muß, nicht noch lauter in die Welt hinausschreien soll, sondern weil leider des Herrn Reichsfinanzministers Stimme durch den Lautsprecher nicht sehr schön klingt. So kann man auf den Tribünen kaum hören, was Dr. Hilferding sagt. Im Saale spricht indes frisch und munter Dr. Peter Reinhold, ein Vorgänger des Redners, herum. Man sieht auch mit einem Lächeln, das man fast als schadenfroh bezeichnen könnte, Herrn Dr. h. c. Köhler im Gestühl des Zentrums sitzen. Gerade die Sozialdemokraten waren es doch, die ihm als direktem Vorgänger Hilferdings seine Amtszeit mitunter sehr vergällt haben.

Was die sachliche Seite des von Herrn Hilferding Vorgetragenen angeht, so ist dazu kaum noch etwas zu sagen: Weil eben Herr Hilferding etwas Neues auch nicht mehr zu sagen hat.

*

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 14. März. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Feststellung des Reichshaushaltplans für 1929 in Verbindung mit den Deckungsfragen.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

erhält sofort das Wort. Von den Kommunisten mit dem Rufe Dr. Eisenbart! begrüßt, leitete er die Beratungen durch eine längere Rede ein.

Die Hauptaufgabe bei der Aufstellung des Etats für 1929 sei gewesen, völlige Klarheit über die finanzielle Lage des Reiches zu schaffen. Die gegenwärtige Finanzlage sei entscheidend beeinflußt durch die Gestaltung der außerordentlichen Etats für 1926 und 1927, insbesondere durch das damals aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es sei zwar gelungen, das Defizit des außerordentlichen Haushaltes von rund einer Milliarde durch Verwendung von Ueberschüssen des ordentlichen Etats, Auflösung des Betriebsmittelfonds usw. zu senken, es bestehe aber noch immer

ein Defizit von 788 Millionen.

Bei der Lage des Kapitalmarktes sei es in absehbarer Zeit nicht möglich, dieses Defizit durch langfristige Anleihen zu decken. Unbrauchbar sei auch der Vorschlag, dem Reich durch den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Nach Erschöpfung der Deckungsmöglichkeiten ist in der Kasse ein Defizit von über 500 Millionen entstanden, das durch kurzfristige Anleihen gedeckt werden mußte. Zu diesem Zweck ist es notwendig geworden, Schatzanweisungen und Schatzwechsel bei den Versicherungsträgern in Höhe von 102 Millionen und bei den Banken in Höhe von 180 Millionen unterzubringen. In den letzten Monaten hat sich die Kassenlage besonders verschlechtert, nicht zuletzt wegen der großen Arbeitslosigkeit. Die Situation ist zweifellos ernst, aber es gehört schon ein besonderes Maß verantwortungsloser Böswilligkeit oder völliger Unkenntnis der Lage dazu, diese Gelegenheit zu benutzen, um das Schreckbild der Inflation an die Wand zu malen.

Es handelt sich nicht um eine Schuldenwirtschaft des Reiches, sondern um einen vorübergehenden Mangel an Kassenmitteln.

Die kurzfristigen Schulden, die für den außerordentlichen Bedarf aufgenommen werden mußten, würden tatsächlich zehn Tage nachher aus Steuermitteln wieder zurückgegeben werden. Unter diesen Umständen sei es sein erstes Bestreben gewesen, den außerordentlichen Haushalt möglichst klein zu halten und durch tatsächliche Einnahmen zu decken. Das sei gelungen.

Der außerordentliche Haushalt balanciere mit 289,2 Millionen.

Außerdem habe er gesetzliche Maßnahmen vorgeschlagen, die in Zukunft verhindern sollen, daß über den außerordentlichen Haushalt Ausgaben ohne tatsächliche Deckung vorgenommen würden. Künftig sollten 1. die Ressorts bei allen Vertragsabschlüssen über 1 Million und über ein Rechnungsjahr hinaus an die Zustimmung des Reichsfinanzministers gebunden sein, 2. dürfte keine Ausgabe des Extraordinariums geleistet werden, bevor nicht ihre Deckung, insbesondere der Erlös einer Anleihe eingegangen sei, und 3. sollten die Ressorts nur mit Zustimmung des Finanzministers über Reste verfügen können.

Zum ordentlichen Haushalt

führte der Minister aus: Dieser Etat steht noch mehr als jeder vorangehende im Zeichen der Reparationslast, die in den kommenden Rechnungsjahren um 312 Millionen anwachsen und damit die Normalhöhe von 1540 Millionen erstmalig erreichen wird. Der Minister wies darauf hin, daß er in diesem Augenblick, wo die Sachverständigen in Paris über Lebensfragen Deutschlands beraten, die zugleich entscheidende Fragen der Weltwirtschaft seien, materiell auf die Reparationsfrage nicht eingehen könne. Die Persönlichkeiten unserer Sachverständigen bürgten dafür, daß kein Gesichtspunkt unbeachtet bleibe, auf dessen Berücksichtigung Deutschland berechtigten Anspruch erheben könne.

Angesichts der Pariser Verhandlungen könne er auf die Reparationsfrage nicht eingehen. Die Persönlichkeit unserer Sachverständigen bürge dafür, daß kein Gesichtspunkt unbeachtet bleibe, auf dessen Berücksichtigung Deutschland berechtigten Anspruch erheben könne. Der Minister betont die Notwendigkeit, das Gleichgewicht im Haushalt aufrechtzuerhalten. Ein Defizit habe er unter allen Umständen vermeiden wollen. Steuererhöhungen müßten angesichts der vorhandenen Steuerlast und der niedergehenden Konjunktur nach Möglichkeit vermieden werden. Die Regierung ist grundsätzlich bereit, weitere Streichungen zu unterstützen. Der Minister bespricht dann die Deckungsvorlagen. Die Kürzung der Steuerüberweisungen der Länder und Gemeinden sei angesichts des Zwanges der Reparationslasten gerechtfertigt. Sie sei auch erträglich, weil den Ländern und Gemeinden eine Gesamtsumme bleibe, die die Ueberweisungen von 1928 noch übersteige. Trotz dieser Kürzung und der Höhersetzung der Steuererträge seien

Steuererhöhungen von insgesamt 879 Millionen erforderlich.

Das Schwergewicht solle auf die Alkoholsteuer gelegt werden. Der Minister erinnert an die von den Ländern geltend gemachten Ansprüche gegen das Reich. Die Reichsregierung halte es für richtig, den Versuch zu machen, diese Fragen im Wege des Ausgleichs mit den Ländern zu lösen. Zum Schluß weist der Redner darauf hin, daß die verspätete Einbringung des Etats in erster Linie eine Folge der politischen Verhältnisse sei. Die Regierung habe deshalb einen Notetat eingebracht, um dessen Verabschiedung sie bitte. Die letzte Verantwortung liege beim Reichstag und bei den Parteien. Diese Verantwortung trage gerade in der Frage der Finanzpolitik und der Etatsgestaltung die Opposition. An dieses Verantwortungsbewußtsein appelliere er heute. Er richte die Mahnung an den Reichstag, in gemeinsamer Arbeit die Schwierigkeiten zu überwinden.

Hierauf ergriff das Wort der **Abg. Frick** (Nat.-Soz.), der ein Mißtrauensvotum gegen den Reichsinnenminister einbrachte, in dem er vor allem auf die Ueberfälle von Kommunisten auf Angehörige von nationalen Organisationen Bezug nimmt. Dann nahm Dr. Hertz Gelegenheit, die Stellung der Sozialdemokratie zum Haushalt zu begründen.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Verhandlung noch an.)

Deutsch-österreichisches Landwirtschaftsprogramm

Gemeinsame Sitzung der österreichischen und deutschen Landwirtschaftsvertreter

Wien, 13. März. Hier fand eine gemeinsame Sitzung der Präsidenten landwirtschaftlicher Körperschaften Oesterreichs mit den Vertretern des deutschen Landwirtschaftsrats statt. Der Präsident der Konferenz, Landeshauptmannstellvertreter Reither, trat für das Zusammenwirken der deutschen und der österreichischen Landwirtschaft auf dem Boden eines großen Wirtschaftsprogramms ein. Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Taler, verwies auf die Blut- und Stammesverwandtschaft zwischen beiden Ländern. Nachdem unter mehreren Rednern auch Präsident Supersberg (Kärnten) und Präsident v. Oppen (Preußen) eine Interessengemeinschaft zwischen der österreichischen und deutschen Landwirtschaft befürwortet hatten, wurde die Prüfung des Planes beschlossen, eine internationale Arbeitsgemeinschaft für landwirtschaftliche Sozialversicherung zu schaffen.

Ungarn erhofft sich Oeffnung des deutschen Marktes

Budapest, 14. März. Der ungarische Finanzminister Weckerle unterbreitete dem Abgeordnetenhaus den Staatsvoranschlag für das Jahr 1929/30. Die Einnahmen belaufen sich auf 1482,5 Millionen Pengö, die Ausgaben auf 1428,7 Millionen Pengö, so daß der Voranschlag mit einem Ueberschuß von 3,5 Millionen Pengö abschließt. Die Staatsschulden sind unveränderlich geblieben, doch weist die bei der Nationalbank bestehende Schuld einen Rückgang von 16 Millionen auf. Die Handelsbilanz zeigt eine Zunahme von 24 Millionen Pengö. Die industrielle Einfuhr habe sich vermindert, die Einfuhr von Rohstoffen dagegen erhöht. Der Minister sagte:

Ungarn werde durch unzerreißbare Bande der Sympathie und Freundschaft mit Deutschland verknüpft.

Er hoffe, daß sich im Verlaufe der demnächst aufzunehmenden Verhandlungen die Möglichkeit ergeben werde, Ungarns Spezialwünsche zu befriedigen und den deutschen Markt hauptsächlich für den Viehabsatz wiederzugewinnen. Weiter hat der Finanzminister eine Reihe von Gesetzesvorlagen eingebracht, die steuerliche Erleichterungen bringen sollen. Es wird u. a. der Bodensteuerschlüssel von 25 Prozent auf den Friedenssatz von 20 Prozent ermäßigt. Das steuerfreie Existenzminimum wird entsprechend der Zahl der Kinder erhöht. Eine jährliche Steuerveranlagung wird nur bei Einkommen von über 10 000 Pengö und bei Vermögen von über 200 000 Pengö vorgenommen. Bedeutende Erleichterungen werden auf dem Gebiete der Eintreibung der Steuerrückstände gewährt.

Die Konkurrenzangst der Notenbanken

London, 14. März. Pertinax meldet dem „Daily Telegraph" aus Paris, es habe bereits eine Bewegung eingesetzt, die darauf abziele, der geplanten Reparationsbank einen bescheideneren Umfang zu geben. Wahrscheinlich würden weder die Notenbanken noch die beteiligten Regierungen Aktionäre der Bank sein, sondern es würden höchstwahrscheinlich nur private Banken aller Länder aufgefordert werden, das Kapital zu zeichnen.

Wirtschaftsnot, Volksnot, Staatsnot

Zur morgigen Tagung der sächsischen Industrie in Dresden

Von Franz Miethke, Dresden, stellv. Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller

Auf der morgigen großen Tagung, die auf Einladung des Verbandes Sächsischer Industrieller Sachsens Industrie in Dresden abhalten wird, hält der neue Vorsitzende dieses Verbandes, Herr Direktor Wittke, Niedersedlitz, den Hauptvortrag über das Thema „Wirtschaftsnot, Volksnot, Staatsnot". Wir haben unserem Artikel das Thema dieses Vortrages als Ueberschrift gegeben, weil diese drei Worte wahrscheinlich das Motto sein werden, unter dem die morgige große Industrietagung überhaupt stehen wird. Zwar werden bei dieser Tagung auch noch andere Vorträge gehalten werden. Trotzdem werden alle diese Ausführungen letzten Endes nur Teilprobleme dessen berühren können, was in dem Wittkeschen Vortrage zu sagen sein wird, denn die Fragen, die dieser Hauptvortrag zu behandeln hat, berühren, wie schon aus der Formulierung des Themas hervorgeht, nicht nur die Industrie und die Wirtschaft, sie berühren auch das ganze Volk und den Staat. Wer die Entwicklung der Industrie im vergangenen Jahre verfolgt und gesehen hat, wieviele große und früher für unerschütterlich gehaltene Unternehmen entweder zusammengebrochen sind oder aber sich auf dem Wege der Fusionierung oder des Abschlusses eines Vergleiches oder auf dem Rücken der Banken nur noch mühsam aufrechterhalten, ohne daß man sagen kann, wie lange ihnen ein Eigenleben noch möglich sein wird, dem muß es bei allem Willen zu einem gesunden Optimismus doch grauen vor einem Fortschreiten einer solchen Entwicklung. Er wird aber gleichzeitig den Wunsch haben, zu hören, wie sich hervorragende Wirtschaftsführer diese Entwicklung denken und welche Voraussetzungen sie als notwendig bezeichnen, um den Teil der Wirtschaft, der sich noch lebensfähig erhalten hat, in gesunder Weise fortzuentwickeln, und das, was von nicht mehr voll leistungsfähigen Betrieben übrig geblieben ist, allmählich wieder zu solchen zu gestalten. Daß diese Fragen morgen von einem Manne erörtert werden, der selbst in jahrzehntelanger praktischer Arbeit die Existenznotwendigkeiten eines großen Betriebes aufs genaueste studieren konnte und sie aus eigener Erfahrung kennt und der sich niemals darauf beschränkt hat, seinem Gesichtsfeld da eine Grenze zu setzen, wo die unmittelbaren Interessen seines Betriebes aufhören, gibt diesen Ausführungen ihren besonderen Wert und ihre besondere Note. Allerdings könnte es fast scheinen, als wenn das gewählte Thema gar zu hohe Anforderungen an den Redner stellt und in einem solchen Vortrag ohne ermüdend zu wirken kaum zu bewältigen ist denn man könnte über alle diese Fragen nicht nur stundenlang sprechen, sondern darüber ganze Bücher schreiben, ohne die Probleme zu erschöpfen. Wer aber die bisherigen Reden und Kundgebungen des neuen Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Industrieller verfolgt hat, wird wissen, daß diese Gefahr nicht besteht, sondern daß Herr Direktor Wittke als kenntnisreicher Praktiker und erfahrener Versammlungsredner es versteht, gerade aus derartig hochgespannten Themen den Kern der Dinge herauszuschälen und fern von allem unproduktiven Theoreti-